

JUGENDWAHL

Informationen, Meinungen
und Positionen zur
Landtagswahl am 15. Mai 2022

info

2022



Themen:
Schulpolitik
Corona
Klimaschutz
Jugendbeteiligung



Herausgeber:

Stadtjugendring
Bad Honnef e.V.

Rommersdorfer Str. 78
53604 Bad Honnef

Telefon 02224 919 499

www.sjr-honnef.de

Verantwortlich i.S.d.P.:

Marius Nisslmüller
nisslmueeller@sjr-honnef.de

Redaktion:

Marcelo Peerenboom

Fotos:

Adobe Stock: Amir Kaljivic
Photography, danielschoe-
nen, contrastwerkstatt,
littlewolf1989; Fotolia: Zerbor,
janvier

Layout:

MP Media, Neustadt (Wied)

gefördert aus Mitteln des
Landesjugendplans NRW und
der Stadt Bad Honnef

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



LEBENSFREUDE
VERBÜRGT
BAD HONNEF

1100
JAHRE
„ECHTE RHEINISCHE
FRÖHLICHKEIT“

Vorwort	3
Landtagswahl: Was muss ich wissen?	4
Zahlen, Daten, Fakten	7
Vorstellung der Direktkandidat*innen	8
Thema: Schulpolitik	16
Thema: Corona-Pandemie	18
Thema: Klimaschutz	21
Thema: Wahlalter	23
Thema: Jugendbeteiligung	25



Liebe Erst- und Jungwähler*innen



am 15. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Anders als bei der Kommunalwahl, an der alle ab 16 teilnehmen dürfen, muss man bei der Landtagswahl mindestens 18 Jahre alt sein, um abstimmen zu dürfen.

Doch wen sollst Du wählen? Wer tritt für die Punkte ein, die Dir selbst wichtig sind? Antworten auf diese Fragen liefert unsere Broschüre, die sich gezielt an Jung- und Erstwähler*innen richtet.

Im ersten Teil des Heftes findest Du allgemeine Informationen rund um die Landtagswahl. Es folgen die Vorstellungen der Direktkandidat*innen und danach die Positionen der einzelnen Parteien zu Fragen, die besonders jungen Menschen in unserem Wahlkreis wichtig sind.

Bedanken möchte ich mich bei unseren Kolleg*innen des Stadtjugendring Königswinter, mit denen wir unsere Aktionen zur Wahl erstmals gemeinsam organisiert haben.

Marius Nisslmüller

Vorsitzender Stadtjugendring
Bad Honnef e.V.



**STADT
JUGEND
RING**
Bad Honnef

Stadtjugendring
Königswinter e.V.

Landtagswahl: Was muss ich wissen?

Was sind Erst- und Zweitstimme?

Bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 kann man zwei Stimmen abgeben: eine Erststimme und eine Zweitstimme.

Erststimme

Mit der Erststimme wählst Du eine bestimmte Person: die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten Deines Wahlkreises. Meistens gehören die Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei an; manche sind aber auch parteilos. Die Kandidatinnen und Kandidaten eines Wahlkreises treten gegeneinander an. Wer die meisten Stimmen bekommt, gewinnt die Wahl und zieht mit einem Direktmandat in den Landtag ein.

Da es 128 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen gibt, ziehen durch die Erststimmen 128 Abgeordnete in den Landtag ein und zwar aus allen Regionen des Landes.

Zweitstimme

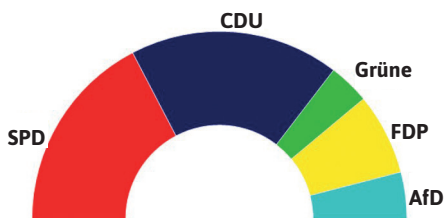
Bei der Zweitstimme kannst Du Dich für eine der Parteien entscheiden, die zur Wahl zugelassen sind. Du wählst also keine konkrete Person, sondern eine Partei.

Welche Personen der Partei über die Zweitstimme in den Landtag einziehen, entscheidet sich über die Landesliste. Diese legt jede

Partei im Vorfeld fest. Sie entscheidet darüber, welche Parteimitglieder vorrangig in den Landtag ziehen sollen.

Die Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien bestimmt die Mehrheitsverhältnisse im Landtag. Allerdings fallen erstmal alle Stimmen für die Parteien weg, die weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen erhalten haben. Diese „Sperrklausel“ oder auch „Fünf-Prozent-Hürde“ soll eine zu starke Zersplitterung des Landtags verhindern. Für die verbleibenden Zweitstimmen gilt: Hat die Partei bei diesen einen Anteil von 25%, stehen ihr auch 25% der Sitze im Landtag zu.

Sitzverteilung 2017 - 2022



SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD
69	72	14	28	16

Wie wichtig ist meine Stimme?

Jede Stimme zählt! Das hört man im Wahlkampf oft. Aber wie ausschlaggebend kann eine einzige Stimme denn bei so vielen Wählerinnen und Wählern schon sein?

Eine Stimme kann den Unterschied machen, ob eine Partei oder Koalition über den einen entscheidenden Sitz zur Mehrheit im Landtag verfügen wird. Auch kann es genau Deine Stimme sein, die einer kleinen Partei über die 5-Prozent-Hürde hilft und es ihr ermöglicht, die Landespolitik mitzugestalten.

Wie setzt sich der Landtag zusammen?

Der Landtag besteht aus den 128 Kandidatinnen und Kandidaten, die in Ihrem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhalten haben. Durch die Zweitstimmen kommen noch mindestens 53 Abgeordnete über die Landeslisten der Parteien hinzu. Darüber hinaus sind Überhang- und Ausgleichsmandate möglich.

Beispiel

Der Landtag NRW hat grundsätzlich 181 Abgeordnete. Die Partei A stellt aufgrund ihres Ergebnisses bei den Zweitstimmen 25 Prozent der Abgeordneten, also 45 Abgeordnete. Zunächst wird geschaut, wie viele Direktmandate die Partei durch die Erststimmen erhalten hat. Gehen wir davon aus, dass 40 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten über die Erststimme in den Landtag eingezogen sind, kommen noch 5 weitere Abgeordnete über die Landesliste hinzu. Hier geht man einfach die Landesliste der Partei A von

Alle fünf Jahre wird ein neuer Landtag gewählt

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen findet in diesem Jahr am Sonntag, den 15. Mai 2022, statt.

Der Landtag ist das zentrale Organ der Legislative im politischen System des Landes. Neben dem Beschluss von Gesetzen gehört zu seinen wichtigsten Aufgaben die Wahl der/des Ministerpräsident*in und die Kontrolle der Regierung.

Der nordrhein-westfälische Landtag wird grundsätzlich alle fünf Jahre gewählt und zählt - vorbehaltlich möglicher Überhang- und Ausgleichsmandate - mindestens 181 Abgeordnete. In diesem Jahr findet die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen statt.

Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl gewählt. Das aktive Wahlrecht hat, wer mindestens 18 Jahre alt ist, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in NRW wohnt.

Bei der Wahl haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: eine für die Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkreis und eine für die Zusammensetzung des Landtags nach Parteien.

Nummer 1 absteigend herunter. Personen, die ein Direktmandat erhalten haben, werden übersprungen. Dies macht man so lange, bis 5 Personen von der Landesliste ausgewählt sind. Sie ziehen auch in den Landtag, obwohl sie kein Direktmandat gewonnen haben.

Was muss ich ins Wahllokal mitbringen?

Im Wahllokal kann man am Tag der Wahl zwischen 8.00 Uhr und 18.00 Uhr wählen gehen. Man braucht hierfür nur seine Wahlberechtigung und – wenn man in einem anderen Wahllokal wählt – den Wahlschein. Im Einzelfall muss der Personalausweis vorgelegt werden. Mit diesem kannst Du auch wählen, falls Du Deine Wahlberechtigung verloren haben solltest.

Achtung: Wenn Du einen Wahlschein beantragt hast und doch in Deinem eigentlichen Wahllokal wählen möchtest, musst Du auch Deinen Wahlschein mitbringen. Das liegt daran, dass alle Personen, die einen Wahlschein beantragt haben, eine Markierung im Wählerverzeichnis erhalten und nur gegen Abgabe des Wahlscheins wählen dürfen. Hierdurch wird sichergestellt, dass niemand zweimal wählt – z. B. einmal in seinem eigentlichen Wahllokal und dann ein zweites Mal mit Wahlschein in einem anderen Wahllokal.

Wegen der Infektionsgefahr solltest Du zudem an einen Mund-Nasen-Schutz denken und Deinen eigenen Kugelschreiber mitbringen. Solltest Du keinen Stift dabei haben, bekommst Du einen vor Ort.

Kann ich beim Ankreuzen etwas falsch machen?

Man darf in jeder Spalte maximal ein Kreuz machen. Ist in einer Spalte mehr als ein Kreuz, wird die Stimme dieser Spalte ungültig. Dies liegt daran, dass bei der Auszählung nicht erkennbar ist, wen Du wählen wolltest.

Wenn Du Dich vertan hast, kannst Du entweder um einen neuen Stimmzettel bitten oder das falsche Kreuz deutlich als falsch kennzeichnen – z. B., indem Du es durchstreichst. Um ganz sicherzugehen, kannst Du neben das richtige Kreuz noch einen Pfeil oder „gilt“ schreiben. Wichtig ist, dass für die Wahlhelfenden klar erkennbar ist, wen Du wählen wolltest.

Du kannst auch nur in einer Spalte Deine Stimme vergeben. Diese wird dann ganz normal gezählt. Die Stimme in der anderen Spalte gilt als nicht abgegeben.

Wo kann ich mich noch informieren?

Ein neutrales Informationsangebot gibt es im Internet auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung:

<https://kurzelinks.de/qbxc>

Auf den nächsten
Seiten erfährst Du mehr
über die Positionen der
Parteien und Gruppen
sowie der
Kandidat*innen, die
für den Landtag
kandidieren

13,2

Millionen Menschen
sind zur Wahl aufgerufen

Die Spitzenkandidaten

Zwei Frauen, vier Männer:

Mona Neubaur (Grüne)
Carolin Butterwegge (Linke),
Thomas Kutschaty (SPD),
Markus Wagner (AfD),
Joachim Stamp (FDP) und
Hendrik Wüst (CDU) sind bei
der Landtagswahl am 15. Mai
2022 die Spitzenkandidaten
ihrer Parteien.

Zahlen Daten Fakten

**Informatives rund
um die NRW-Wahl**

Unser Wahlkreis

Zur Landtagswahl 2022 wurde der Wahlkreis neu zugeschnitten, er besteht nun aus Bad Honnef, Königswinter, Meckenheim und Wachtberg sowie einem Teil von Hennef im Rhein-Sieg-Kreis.



Das Landtagsgebäude

in Düsseldorf wurde nach einem Entwurf der Architekten Fritz Eller, Erich Moser, Robert Walter + Partner im Stil des Strukturalismus in einer „gesamten kreisenden Struktur“ erbaut. Das dem Entwurf zugrunde liegende „Spiel mit Kreisen“ soll – so die Architekten – zum Ausdruck bringen, dass bei dem Parlament „die Räder ineinandergreifen wie bei einer Uhr“ (Quelle: Wikipedia)

Andrea Milz

war von 2000 bis 2017 die direkt gewählte Vertreterin des Wahlkreises, zu dem Bad Honnef gehört. Sie legte ihr Mandat nach der Wahl 2017 zugunsten ihres Regierungsamts (Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt) nieder. Sie kandidiert 2022 nicht mehr.

Erststimmen-Ergebnis 2017

Andrea Milz (CDU):	43,7 %
Denis Waldästl (SPD):	28,8 %
Richard Ralf (Grüne):	6,9 %
Dagmar Ziegner (FDP):	12,4 %
Andreas Danne (Linke):	5,0 %
Rouven Dalmer (Piraten):	1,9 %

**Aktuell regiert die
CDU in einer Koalition
mit der FDP**



CDU: Jonathan Grunwald

STECKBRIEF

Alter: 39

Beruf:

Leiter des Referats „Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen“ in der Staatskanzlei NRW

Ausbildung:

Dipl.-Volkswirt

Politische Laufbahn:

1999 Eintritt in die CDU und Junge Union (JU)
Über viele Jahre engagiert in der JU (Vorsitzender JU Bad Honnef, Kreisvorsitzender JU Rhein-Sieg, später Mitglied im Landesvorstand)
Seit 2021 Vorsitzender der CDU Bad Honnef und stv. Kreisvorsitzender der CDU Rhein-Sieg

Meine Lieblingsserie:

Mord mit Aussicht

**Das letzte Buch,
das ich gelesen habe:**

Dimiter Inkiow

Ich und meine Schwester Klara – Die lustigsten Streiche der Welt

(gemeinsam gelesen mit
meinen drei Jungs)

Mein politisches Vorbild

Aufrechte und bodenständige Politikerinnen und Politiker, die sich mit Leidenschaft und Tatkraft für unsere Gesellschaft einsetzen

Mein nächstes Urlaubsziel

... wird wahrscheinlich wieder eine autofreie Nordseeinsel. Das Meer und der Strand sind auch für unsere drei Kindern einfach großartig! Wir reisen bis zum Fähranleger mit Bus und Bahn.

Das ist mein wichtigstes Projekt für junge Menschen in unserem Wahlkreis

Meine thematischen Schwerpunkte für den Landtag sind die Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Und beide Themen stehen auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat. Denn eines ist klar: Nur wenn junge Menschen die besten Bildungsbedingungen erhalten, wird es uns auch gelingen, innovative und zukunftssichere Arbeitsplätze in unserer Region dauerhaft zu erhalten.

Dafür brauchen unsere Schulen genauso wie unsere Unternehmen eine exzellente Infrastruktur: von Breitband und 5G in jedem Winkel, über leistungsfähige Energienetze, eine flächendeckende E-Ladesäulen- und Wasserstoffinfrastruktur bis hin zu Fahrradwegen und gutgetakteten und verlässlichen Bussen und Bahnen.

Mein Ziel ist es, unsere Heimat zur Zukunftsregion weiterzuentwickeln und auch den Mut zu haben, die großen Zukunftsthemen anzupacken und zu zeigen, wie der Wandel bei Mobilität und Energieversorgung unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gelingen kann. Dabei ist für mich zentral, meinen Offenheit und Gesprächsbereitschaft nicht nur in Wahlkämpfen zu zeigen, sondern auch über den Wahltag hinaus dauerhaft fortzusetzen.

Ich werde durch einladende Gesprächsformate, Debattenräume und Dialogformate junge Menschen genauso wie alle anderen Generationen mit der Landespolitik zusammenzubringen. Denn Heimatgestalten gelingt nur gemeinsam!



SPD:

Dr. Charlotte Echterhoff

STECKBRIEF

Alter: 36

Beruf:

Wissenschaftliche Referentin, DLR-Projekträger, Bonn

Ausbildung:

Magister-Studium Medienwissenschaft, Französisch, Psychologie & Vordiplom Volkswirtschaftslehre, Promotion Medienwissenschaft

Politische Laufbahn:

Mit 17 in die SPD eingetreten
Als Bonner Studentin in der Juso-Hochschulgruppe aktiv
seit 2020 direkt gewählte Ratsfrau in Sankt Augustin

Meine Lieblingsserie:

The Marvelous Mrs. Maisel

Das letzte Buch,
das ich gelesen habe:

Maja Göpel

Unsere Welt neu denken

Mein
politisches
Vorbild

... gibt es nicht - aber die Frauen aus dem Film „Die Unbeugsamen“ fand ich sehr inspirierend!

Mein nächstes Urlaubsziel

Für den Familienurlaub in den Sommerferien sind wir in einer alten Mühle auf der kleinen, griechischen Insel „Antiparos“. Mein Mann hat griechische Wurzeln und wir treffen dort u.a. seinen Onkel und Freunde. Da wir fliegen, zahlen wir CO₂-Kompensationen. Für die Herbstferien plane ich eine Reise mit meiner Tochter nach Paris mit dem Thalys.

Das ist mein wichtigstes Projekt für junge Menschen in unserem Wahlkreis

Die SPD möchte einen Kinder- und Jugendcheck einführen. Damit sollen alle Gesetzesinitiativen überprüft werden. Mir ist Kinder- und Jugendbeteiligung sehr wichtig und ich werde in meinem Wahlkreis neue Wege ausprobieren, um es jungen Menschen einfacher zu machen, sich an politischen Debatten zu beteiligen.

Daher werde ich eine regelmäßige Sprechstunde für Kinder und Jugendliche anbieten – sowohl vor Ort als auch virtuell. Hier möchte ich zum einen die relevanten Themen aus der Landespolitik diskutieren und die Meinung der zukünftigen Erwachsenen einholen. Darüber hinaus möchte ich junge Menschen ermutigen, ihre eigenen Ideen zu formulieren, und sie bei der Umsetzung eigener Projekte begleiten.

In meiner politischen Arbeit nimmt die offene Kommunikation neben meinen Themenschwerpunkten eine zentrale Rolle ein. Es ist mir wichtig, politische Debatten so zu formulieren, dass alle sie verstehen, sich eine Meinung bilden und etwas dazu sagen können. Um Kinder und Jugendliche besser in politische Diskussionen einzubinden, werde ich weiterhin Social Media nutzen, um in Kontakt zu bleiben.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Schülerinnen und Schüler in meinem Wahlkreis ist unser Ziel, dass alle Schulkinder ein kostenloses Ticket für Bus und Bahn bekommen. Dadurch sind sie mobil – unabhängig davon, ob die Eltern Zeit haben oder das Taschengeld ausreicht. Außerdem möchten wir das Azubi-Ticket vergünstigen.



Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Derya Gür-Şeker

STECKBRIEF

Alter: 40

Beruf:

Ich unterrichte Germanistik
an der Universität Duis-
burg-Essen

Ausbildung:

Studium der Germanistik,
Medien- und Politikwissen-
schaft
2012: Promotion (Germanis-
tik/Linguistik, Universität
Duisburg-Essen).
Aktuell: Habilitationsver-
fahren mit vorauss. Ab-
schluss im August 2022
(Germanistik/Linguistik,
Universität Duisburg-Essen).

Politische Laufbahn:

seit 2001 Parteimitglied von
Bündnis 90/Die Grünen
aktiv in mehreren Landes-
arbeitsgemeinschaften
Ortsverbandssprecherin
Grüne Bad Honnef
Mitglied im Bildungs- und
Umweltausschuss im Rat
der Stadt Bad Honnef

Meine Lieblingsserie:

Löwenzahn

(aufgrund meiner Kinder sehe ich aktuell
viele Kinderfilme und Serien)

Das letzte Buch,
das ich gelesen habe:

Aladin El-Mafaalani

Mythos Bildung

Mein
politisches
Vorbild

Annalena Baerbock
Robert Habeck

Mein nächstes Urlaubsziel

Berlin

(dorthin fahre ich mit dem Zug)



Das ist mein wichtigstes Projekt für junge Menschen in unserem Wahlkreis

Wie sollte der Spielplatz vor Ort ausgestaltet sein? Wann fährt der Bus zurück nach Hause? Was ist das nächste Bauprojekt der Stadt? Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen.

Aus diesem Grund setze ich mich dafür ein, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung zu stärken und verbindlich zu regeln. Die Kommunen im Wahlkreis 26 werde ich dabei unterstützen, Befragungen von Kindern und Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen.

Auch von der Landespolitik sind junge Menschen direkt betroffen. Daher soll der Jugend-Check für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den Auswirkungen politischer Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden. Zudem werde ich als Landtagsabgeordnete kommunale Jugendparlamente stärken, die die Beteiligung von Jugendlichen auch auf Landesebene stützen.

Gemeinsam mit den Jugendverbänden und unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeiten wir eine Beteiligungsstrategie auf Landesebene. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Deshalb setze ich mich auch für die Absenkung des Wahlalters in NRW auf 16 Jahre ein.



FDP:

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

STECKBRIEF

Alter: 61

Beruf:

Minister für Wirtschaft,
Innovation, Digitalisierung
und Energie des Landes
NRW

Ausbildung:

Bankkaufmann
Dipl.-Volkswirt
Dr. rer. pol.
Universitätsprofessor

Politische Laufbahn:

2002-2010: Landesvorsit-
zender & stellv. Bundesvor-
sitzender der FDP
2003-2005: Mitglied des
Deutschen Bundestags
2005-2010: Mitglied des
Bundesrats
2010-2011: Mitglied des
nordrhein-westfälischen
Landtags
2017-heute: Mitglied des
Bundesrats



**Das letzte Buch,
das ich gelesen habe:**



Mein nächstes Urlaubsziel

Cevennes (Frankreich)
(dorthin fahre ich mit dem Auto)



Das ist mein wichtigstes Projekt für junge Menschen in unserem Wahlkreis

1) Digitalstrategie für NRW mit den Schwerpunkten

- digitale Infrastruktur
- Bildung
- Mobilität
- Energie

2) Klimaschutzgesetz NRW mit dem Ziel der Klimaneutralität 2045
und vorzeitiger Kohleausstieg, idealerweise 2030

Was möchte Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode in der NRW- Schulpolitik verbessern?



CDU

Die Zukunftsfähigkeit unserer Region entscheidet sich in den Schulen und Kitas. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen stimmen: Unsere Kinder müssen in den modernsten, digitalsten und saubersten Schulen unterrichtet werden! Bei der Sanierung des SIBI können und müssen wir dies zeigen!

Und Corona hat uns gelehrt: Digitaler Unterricht kann – wenn er gut gemacht ist – funktionieren, ist aber auf Dauer kein gleichwertiger Ersatz für den Präsenzunterricht. Wir als CDU haben im Wahlprogramm verankert, jedem Schulkind ein digitales Endgerät zur Verfügung zu stellen und zudem weitere 10.000 neue Lehrkräfte einzustellen (schon heute arbeiten tatsächlich über 10.000 Lehrer mehr an unseren Schulen als noch 2017). Und weil Schule heute ganz viele Aufgaben übernimmt, ist es wichtig, Fachleute aus ver-

schiedenen Berufen an die Schulen zu bringen: Vom Sozialarbeiter über die Schulpsychologin bis zu Schulverwaltungsassistenten und IT-Administratoren. Ich setze mich ein für den Hausmeister der Digitalisierung an unseren Schulen!

SPD

Wir wollen mehr Geld in Bildung investieren. NRW liegt derzeit auf dem letzten Platz, was die Bildungsausgaben pro Schulkind angeht. Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Im Moment fällt viel Unterricht aus. Außerdem wollen wir die Lehrkräfte an allen Schulformen gleich bezahlen: A13 für alle! Denn wir finden, Bildung in der Grundschule ist genauso wichtig wie am Gymnasium.

Bildung muss wieder zum Hauptfach werden! Die letzten Jahre und die PISA-Vergleiche haben gezeigt: Unser Bildungssystem muss

reformiert werden. Bulimie-Lernen passt nicht zu einer Zukunft, deren Berufsbilder wir heute noch nicht kennen. Wir möchten, dass digitale Souveränität auf dem Stundenplan steht, dass in der Schule die Persönlichkeit entwickelt wird und kreative Lösungskompetenzen erlernt werden.

Was uns auch wichtig ist: Schulgebäude sanieren: Wir wollen 2,5 Milliarden für die Sanierung von Schulgebäuden ausgeben. Schule ist mehr als Unterricht und soll ein schöner, inspirierender Ort sein.

FDP

Weiterer Ausbau Talentförderung, qualitativ hochwertige digitale Angebote für eine Bildung 5.0, bessere Lehrer-/Schülerrelation und mehr Praktika in Berufswelt und Hochschule.

AfD

Der schleichenden Abschaffung der unterschiedlichen Schulformen und der Entwicklung hin zu gleichmacherischen Einheitschulen muss Einhalt geboten werden. Nur durch ein ausdifferenziertes, aber durchlässiges Schulsystem ist eine ehrliche Förderung im Rahmen der schulischen Möglichkeiten zu leisten. Klassen mit einer Schülerschaft, in der die Leistungsunterschiede zu groß sind, zeigen vergleichsweise schlechtere Lernerfolge. Effizientes Lehren und Lernen sind nur dort möglich, wo eine Leistungshomogenität herrscht. Lehrermangel hat in vielen Schulen zu einer Maximalauslastung der Klassengrößen geführt. Mittelfristig streben wir eine Idealgröße von 12-20 Schülern pro Klasse an. Die AfD fordert deshalb mehr Lehrkräfte für alle Schulformen. Die offenen Betreuungseinrichtungen haben sich bewährt und sind ein fester Bestandteil

des Schulalltags und der Familienorganisation geworden. Die AfD wird sich für angemessene Räume & qualifiziertes Personal in der offenen Ganztagsbetreuung einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir investieren in einen echten Bildungsaufbruch: moderne Gebäude und digitale Ausstattung; vor allem aber in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem arbeiten und mit vollem Einsatz die Kompetenzen vermitteln, die junge Menschen für ihre Zukunft brauchen. Unser Ziel: Modern, digital, vielfältig - eine Schule, die auf die Zukunft vorbereitet! Unser Schulsystem ist unterfinanziert. Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme, etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Standorten, auf den Weg zu bringen und auch personelle Unterstützung, z. B. beim Ganztag, bei der Inklusion und der Sozialarbeit, zu verstärken. Wir wollen die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schulen unterstützen. Nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Schulsystem auf Kante genäht ist. Deswegen wollen wir mit einer Ausbildungsreform und (Weiter-)Qualifizierungsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Ganztagsplätze in der Grundschule. Das werden wir ändern. Wobei ich mich insbesondere für einen qualitativ hochwertigen Ganztag einsetze.

Die Linke

Von der kostenlosen Kita über eine gemeinsame Schule für alle bis zur Ausbildungsgarantie – alle haben das Recht auf eine gute Bildung. Die Pandemie hat die Schwächen unserer maroden Bildungslandschaft offengelegt. Es ist Zeit für eine Bildungspolitik, die Schulen besser ausstattet – mit genügend Personal und einer digitalen Infrastruktur, die krisenfest ist. Statt Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasium wollen wir eine gute Gemeinschaftsschule für alle von der ersten bis zur zehnten Klasse schaffen. Der Ganztag mit kostenlosem Mittagessen und individueller Förderung für alle ist das Ziel – ohne zusätzliche Hausaufgaben und Nachhilfe.

Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende System der Ziffernnoten überwinden. An ihre Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Leistungsbewertung muss der Lernförderung dienen, nicht der Beschämung und Bestrafung.

Hinweis

Einige Antworten sind in der „Ich-Form“ abgefasst. Dazu eine Erläuterung: Wir hatten die Positionen der Parteien abgefragt. Wir haben uns dazu entschieden, die Antworten so abzudrucken, wie wir sie erhalten haben.

Wie wird Ihre Partei mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen in NRW umgehen?

CDU

Als Geschäftsführer des Corona-Expertenrats der Landesregierung habe ich mich in den letzten zwei Jahren intensiv mit den sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie beschäftigt und auch als Vater dreier Kinder kenne ich die Herausforderungen für junge Menschen und Familien nicht nur aus der Zeitung. Das Programm „Aufholen nach Corona“ bietet daher eine gute Grundlage, um Lernrückstände aufzuholen und Schülerinnen und Schüler gezielt zu unterstützen.

Doch die Pandemie hat für junge Menschen auch Auswirkungen, die weit über den schulischen Bereich hinausgehen. Deshalb ist mir ein ganzheitlicher Blick besonders wichtig. Durch eine Sonderförderung wollen wir beispielsweise Ferienfreizeiten unterstützen, um Kindern und Jugendlichen, die während der Corona-Pandemie auf Kontakte zu ihren Freunden oder auf das Vereinsleben verzichten mussten, wieder stärker Gemeinschaft



zu ermöglichen. Denn es ist das soziale Miteinander, das unsere Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten zusammenhält.

SPD

Für junge Menschen war es eine besondere Belastung, auf soziale Kontakte zu verzichten. Fast jedes dritte Kind leidet infolge der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten. Wir möchten daher das bundesweite Corona-Aufholprogramm durch eine Landesfinanzierung aufstocken. Damit sollen strukturelle Leistungen ergänzt werden, etwa beim Personal: Wir brauchen zusätzliche Fachkräfte in Schulen, Kitas und Jugendhilfe-Einrichtungen.

Schätzungsweise haben infolge der Corona-Krise und des Fernunterrichts mehr als 20 Prozent der Kinder Nachhilfebedarf. Daher planen wir eine weitere Milliarde für die Aufstockung sozialer Projekte, etwa für

Sprachförderung in Kitas oder mehr Sozialarbeit an Schulen. Auch der Ausbau an Freizeitangeboten im Rahmen der informellen Jugendarbeit ist wichtig!

Als Resultat aus der Corona-Krise warnen die Jugendämter, dass die Zahl an Schulabbrechern steigt. Daher möchten wir kommunale Bildungslotsen einsetzen, die etwa dabei helfen, Schulabbrüche zu verhindern.

FDP

Wir wollen Einschränkungen auf das medizinisch unbedingt notwendige reduzieren und die Fähigkeit zum Umgang mit der Pandemie steigern.

AfD

Weltweit belegen Studien, dass Kinder viel seltener an Corona erkranken und auch seltener infektiös sind. Dennoch wurden die Kinder von den staatlichen Maßnahmen schwer getroffen. Kinder durften nicht auf Spielplätze, keine Sozialkontakte pflegen und z.B. keinen Vereinssport betreiben. Häusliche Gewalt hat sprunghaft zugenommen. Die Konsequenzen für die Kinder waren Einsamkeit, Angstzustände oder auch Depressionen. Der Wegfall eines sonst geregelten Alltags führte zu Verzögerungen der altersgerechten Entwicklung. Wir fordern deshalb, dass die Kinder bei der Aufarbeitung der Lockdowns und des Distanzunterrichts nicht alleine gelassen werden dürfen. Pädagogen und Lehrer müssen gerade jetzt verstärkt darauf achten, dass kein Kind zurückgelassen wird. Das Land und die Kommunen müssen Beratungs- und Therapieangebote schaffen, um mögliche Ängste und Sorgen zu behandeln. Weitergehend muss die Bewegungsförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ausgebaut und Projekte gefördert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen! Die Corona-Pandemie hat vor allem die Jüngsten besonders hart getroffen. Menschlich, sozial und beim Lernen ist viel auf der Strecke geblieben. Wir investieren deshalb in Bildung, fördern Teilhabe und soziale Projekte. Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Deshalb wollen wir Grüne in NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und barriereärmer gestalten. Kinder und Jugendliche lernen aber nicht nur auf den Schulbänken. Auch die Kinder- und Jugendarbeit hat einen starken Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu machen. Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte sind zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Wir werden bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen.

Die Linke

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf junge Menschen sind vielfältig und erfordern entsprechend auch vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung.

In der Schule darf es jetzt nicht darum gehen, Druck auszuüben und den fehlenden Stoff nachzuholen. Wichtiger ist es, dass (wieder) alle Jugendlichen in der Schule Ansprechpartner:innen haben, die sie begleiten und unterstützen.

Eine „Corona-Folge“ ist auch der gestiegene Bedarf an psychotherapeutischen Angeboten für die vielen, denen es durch die Isolation und das Homeschooling nicht gut geht. Es braucht dringend mehr Sozialarbeiter:innen, Therapeut:innen und Beratungsstellen, damit es statt teilweise monatelanger Wartezeiten wirklich schnelle Hilfsangebote gibt.

Auch für die Auszubildenden muss viel getan werden, damit nach zwei von der Pandemie geprägten Ausbildungsjahrgängen endlich alle einen Ausbildungsplatz erhalten, die einen suchen.



Wie will Ihre Partei den Klima- und Umweltschutz in NRW aktiv angehen?

CDU

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2030 aus der Kohle aussteigen, und spätestens 2045 die Klimaneutralität erreichen – das ist für das größte Industrieland ein immenser Kraftakt, aber es ist der einzig richtige Weg. Ich mache mich besonders stark für eine Photovoltaik-Offensive für Gebäude, aber auch auf Freiflächen und in der Landwirtschaft. Und wir brauchen ein flächendeckendes Wasserstoff-Netz. Themen, mit denen ich mich auch ganz konkret bei der Bad Honnef AG, unserem kommunalen Energieversorger, befasse. Ich bin überzeugt, dass wir Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dabei zusammen denken und noch stärker auf die klugen Ideen aus Wissenschaft und Forschung setzen müssen. Parallel dazu müssen wir den Artenschutz vorantreiben, dazu zählt für mich auch, die unsägliche industrielle Massentierhaltung einzudämmen und Hitzeinseln in unseren Innenstädten zu beseitigen. Unsere Erde und Gottes Schöpfung brauchen mehr Schutz!

SPD

Für ein klimaneutrales NRW werden wir Planungs- und Bauvorhaben beschleunigen und die Nutzung von Windkraft, Wasserstoff und Solarenergie ausbauen – die 1000-Meter-Abstandsregelung bei Windrädern muss weg. Die SPD spricht sich dafür aus, 2% der Flächen für Windkraft vorzuhalten. Um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern im direkten Umfeld zu steigern, möchten wir sie an den Gewinnen aus erneuerbaren Energien beteiligen.

Wir wollen Photovoltaik auf allen Dächern und öffentliche Gebäude als Vorbilder: Photovoltaik gehört auf jedes Rathaus, auf Turnhallen und Schulen. Für Hausbesitzer möchten wir Förderungen auflegen. Alle, die wollen, sollen ihren eigenen Strom aus Sonnenkraft produzieren können. Für den Umweltschutz möchten wir mehr Wasser und mehr Grün in den Städten. Wir wollen weniger Flächen versiegeln und unterstützen die Initiative Artenvielfalt. Wir finden es wichtig, die ökologische Landwirtschaft auszubauen und den Einsatz von Düngern und Pestiziden zu reduzieren.

FDP

Schnellerer akzeptanzgerichteter Ausbau der Erneuerbaren Energien, vor allem im Bereich Photovoltaik, intelligente Netze, Stärkung Circular Valley, überall schnellere Umsetzung.

AfD

Wir begrüßen das Vorhaben der EU, Kernenergie als nachhaltige Energieform einzustufen. Die EU weist damit den rechten Weg für eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung in Europa. Flächen für Windkraftanlagen dürfen nur bei breiter Zustimmung der betroffenen Bürger ausgewiesen werden. Der Mindestabstand von Windindustrieanlagen zur Wohnbebauung muss aber das 10-fache der Gesamthöhe, mindestens jedoch 2,5 km betragen. Windkraftanlagen im Wald lehnen wir ab. Mehr als ein Viertel unserer Landesfläche ist mit Wald bedeckt. Unser Wald ist ein wertvoller Teil des Ökosystems, welcher auch in Zukunft vielen Tieren und Pflanzen eine Heimat bietet und gefördert werden muss. Wir wollen Naturparks als wichtigen Hort des Naturerlebens stärken und diese fördern. Wer sein Land nicht auf Naturereignisse, wie Starkregen, vorbereitet, der macht aus einem Naturereignis eine Naturkatastrophe. Wir fordern den organisatorischen und finanziellen Ausbau des Katastrophenschutzes.

Bündnis 90/Die Grünen

Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir die Pflöcke ein, um unser Land bis 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. Wir legen

ein Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für den Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Daher geben wir den Kommunen verbindliche Standards und Unterstützung an die Hand, um Handlungskonzepte für die Klimaneutralität und den Schutz vor Klimawandelfolgen vor Ort zu erstellen. Wir setzen die Forderungen der Volksinitiative Artenvielfalt um, schaffen einen Nationalpark in der Senne und begrenzen den Flächenverbrauch zunächst auf fünf Hektar pro Tag, um ihn bis 2035 auf netto null abzusenken. Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch konsequent angewandt werden. Deshalb stärken wir die Umweltverwaltung und den Kampf gegen Umweltkriminalität. Wir sorgen dafür, dass sich der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen für Landwirt*innen lohnt und fördern mit einem Gesunde-Kantinen-Programm regionale und ökologische Ernährung.

Die Linke

Wollen wir das Klima retten, müssen wir alle Bereiche unserer Gesellschaft umbauen und bis 2035 klimaneutral sein. Fangen wir bei uns an: In NRW wird ein Drittel des deutschen Stroms produziert, aber nur 16 Prozent davon aus erneuerbaren Quellen. Die nächsten fünf Jahre entscheiden, ob das 1,5-Grad-Ziel bei der Begrenzung der Erderwärmung erreicht werden kann. Wir fordern: Die Kosten des Klimawandels müssen von den Ver-

ursachern in Industrie und Wirtschaft sowie den Reichen bezahlt werden. Nötig ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle, Ausbau von Windenergie und solarer Stromerzeugung. Umweltschutz ist kein Lu-

xus. Die Energiewende gehört in Bürgerhand, in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum - überall in NRW! Wir wollen das Klima schützen, nicht die Konzerne.

Wie steht Ihre Partei zu einer Senkung des Wahlalters in NRW?



CDU

Mein Ziel ist es, junge Menschen für die Politik und die Gestaltung unserer Gesellschaft zu begeistern und sie für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen. Die Diskussion über die Absenkung des Wahlalters greift für mich viel zu kurz, denn tatsächlich ist die Wahlbeteiligung der Erst- und Jungwähler bei nahezu allen Wahlen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen am niedrigsten – ob bei der Kommunalwahl, bei der ab 16 gewählt werden darf, oder bei Landtags- und Bundestagswahlen. Und das, obwohl junge Menschen alles andere als unpolitisch und desinteressiert sind. Sie sind hochpolitisch, hinterfragen

kritisch Entscheidungen und bringen ihre Meinung in Diskussionen oder bei den Fridays-for-Future Demonstrationen auch lautstark zum Ausdruck. Diese Energie durch attraktive Beteiligungsmöglichkeiten, Offenheit und Begeisterung für die Zukunftsthemen zu erschließen, ist doch die eigentliche Aufgabe, der sich alle demokratischen Parteien viel stärker zuwenden sollten.

SPD

Ich bin uneingeschränkt dafür, dass Jugendliche ab 16 bei der Landtagswahl mitentscheiden dürfen. Politik entscheidet über unsere Zukunft – und das ist vor allem die Zukunft von Kindern und Jugendlichen. Ju-

gendliche beginnen mit 16 eine Ausbildung und übernehmen Verantwortung – sie können sich auch über Politik informieren und eine reflektierte Entscheidung treffen.

Die SPD unterstützt das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen ausdrücklich und hat in der Vergangenheit mehrfach parlamentarische Initiativen zur Herabsenkung eingebracht, die jedoch vor allem am Widerstand der CDU gescheitert sind (für die Herabsenkung des Wahlalters ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich). Zum Beispiel hat die SPD im Februar 2020 einen Gesetzesentwurf im NRW-Landtag zur Herabsetzung des Wahlalters eingebracht, der wurde aber leider von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

FDP

Wir sind dafür und fordern dies auch im Programm.

AfD

Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres erlangt man in Deutschland alle Rechte und Pflichten. Auch das Wahlrecht ist an die Volljährigkeit des Wählers gekoppelt. Zieht man die Herabsenkung des Wahlalters in Betracht, muss auch über die Absenkung der Volljährigkeit insgesamt diskutiert werden. Hierbei müssten dann infolgedessen auch die Geschäftsfähigkeit und die Strafmündigkeit angepasst werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab.

Die Linke

Für uns zählt der allgemeine Grundsatz, der sich aus den Menschenrechten ableitet: Ein Mensch – eine Stimme. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf 14 Jahre herabsetzen. Früher 21, heute 18 oder 16 Jahre, das sind alles willkürliche Grenzziehungen. Eine sachliche Begründung, warum man mit 18 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Sie wollen und sollen mitreden dürfen, wenn es darum geht, ob wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der es noch Energie, Wälder oder sauberes Wasser gibt. Wir haben konkrete Vorschläge für die ersten Schritte hin zu mehr Beteiligung.



Wie stellen Sie sich eine wirkungsvolle politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in NRW vor?

CDU

Demokratie lebt davon, dass Menschen sich engagieren – über ein Drittel der Menschen in NRW sind in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften oder anderen Ehrenämtern aktiv. Doch die Bindekräfte an feste Organisationsstrukturen nehmen seit Jahren quer durch alle Altersschichten ab. Wir brauchen daher neue Formen für politische Beteiligung, bspw. über Projekte und Kampagnen. Das alleine wird aber nicht reichen, denn gerade in der Politik benötigt man oft einen langen Atem und die Dinge sind oft komplexer als es auf den ersten Blick anmutet. Doch wir müssen das Rad nicht immer neu erfinden, denn es gibt für Kinder und Jugendliche bereits ganz hervorragende Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen. Die Jugendorganisationen der Parteien bieten genauso wie die Angebote der kommunalen Jugendverbände oder des Stadtjugendrings ausgezeichnete Möglichkeiten. Und als Vorsitzender der CDU Bad Honnef bin ich auch froh, nicht nur den größten und weiblichsten, sondern auch den

jüngsten Vorstand in unserer 75-jährigen Honnefer Parteigeschichte zusammengestellt zu haben. Das ist kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für eine generationenübergreifende Zukunftspolitik! Weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind übrigens herzlich willkommen ;-)

SPD

Unser Ziel ist eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik. Altersgerechte Mitsprache und Teilhabe in allen Belangen und Bildungsinstitutionen stärkt den Selbstwert und die Resilienz von jungen Menschen. Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein Weg, demokratische Teilhabe von Anfang an zu leben.

Wir möchten Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe strukturell, krisenfest und verbindlich verankern. Ein Baustein ist der Kinder- und Jugendcheck in Gesetzgebungsverfahren. Aber auch die bessere Finanzierung im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans gehört dazu. Mit einer

verlässlichen Finanzierung kann man zum Beispiel ein Kinderbudget für Aktionen auf kommunaler Ebene etablieren. Echte Partizipation funktioniert nur, wenn junge Menschen auch Gestaltungsmacht erleben.

FDP

Engagement im der SV, in politischen Jugendorganisationen, in sozialen, karitativen und sportlichen Einrichtungen

AfD

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen ist für die kindliche Entwicklung äußerst wichtig. Dabei muss die Beteiligungs- bzw. Mitbestimmungsmöglichkeit altersangemessen erfolgen. Wir setzen uns für die direkte Demokratie ein und sind so zum Beispiel für die Durchführung von Volksentscheiden. Hier sollten junge Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden, sofern diese die jungen Menschen auch betreffen (z.B. Bau von Schwimmbädern oder Freizeiteinrichtungen). Weitergehend gibt es auch schon viele Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. So nimmt z.B. die Schülervertretung Einfluss auf Schulkonferenzen, Jugendliche können sich in Jugendorganisationen von Parteien oder in Vereinen engagieren. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind vielfältig und müssen von jungen Menschen grundsätzlich nur angenommen werden. Hierfür gilt es, noch stärker darauf hinzuweisen und dafür zu werben.

Bündnis 90/Die Grünen

Ich bin davon überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft besser gelingt, wenn alle - insbesondere Kinder und Jugendliche - daran teilhaben und ihn mitgestalten können. Deswegen setze ich mich zusammen mit meiner Partei für

die Einbindung von Bürger*innenräten in die Landespolitik ein, wir senken das Wahlalter und die Hürden für Mitbestimmung in der Landespolitik und starten eine Offensive für transparente und saubere Politik. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir für Gleichstellung im Parlament und mit einem starken Antidiskriminierungsgesetz kämpfen wir für gleiche Chancen in unserer vielfältigen Gesellschaft. Und wir investieren in Orte, an denen wir uns begegnen und Gemeinschaft leben können: in Schulen, Schwimmbäder, Jugendzentren und Kulturräume.

Die Linke

Wir wollen Kinder und Jugendliche zwingend beteiligen, wenn ihre Interessen bei kommunalen Vorhaben berührt werden. Wir wollen auch die Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestalten:

- 50 Prozent Stimmen in der Schulkonferenz den Schüler:innen
- Schüler:innenvertretungen zugestehen, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen – In allen weiterführenden Schulen wird ein mindestens zweistündiges Unterrichtsfach „Politische Bildung“ in allen Jahrgangsstufen
- in der gymnasialen Oberstufe mehr Möglichkeiten zur Wahl von Leistungskursen aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld für das Abitur schaffen
- Stärkung der partizipativen Schul- und Unterrichtsentwicklung
- Verankerung einer institutionalisierten Form demokratischer Erziehung und politischer Bildung auf allen innerschulischen Handlungsebenen und im Schulentwicklungsprogramm.

